

AUS DER PFALZ

Gerät für 1400 Tests am Tag am Westpfalz-Klinikum



Der Chefarzt für Labormedizin Eray Yagmur am PCR-Gerät.

FOTO: VIEW

KAISERSLAUTERN. Das Westpfalz-Klinikum in Kaiserslautern hat für sein Labor ein Gerät angeschafft, mit dem täglich bis zu 1400 PCR-Tests automatisiert ausgewertet werden können. Die Durchsatzrate des Labors hat sich damit auf – im Optimalfall – bis zu 2500 Test pro Tag erhöht. Rund 1000 Tests können weiterhin manuell abgearbeitet werden, hinzu kommen 100 Schnell-PCR, die in Notfällen eingesetzt werden, beispielsweise wenn eine Operation ansteht. Wie Eray Yagmur, seit 1. September neuer Chefarzt des Institutes für Labormedizin am Westpfalz-Klinikum, berichtet, wurden im Labor von Juni 2020 bis Juli 2021 rund 70.000 PCR-Tests ausgewertet, aktuell sind es 30.000 pro Monat. Bestimmt wird bei positiven Tests momentan auch, um welche Variante es sich handelt. Handelt es sich um Omikron, hat das zurzeit laut Mediziner Auswirkungen auf die Abläufe im Klinikum. |dc

AKTUELL

Heidelberg gedenkt der Opfer des Amoklaufs



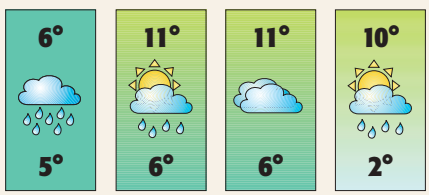
Blumen und Kerzen vor dem Hörsaal, in dem eine junge Frau aus der Südpfalz sterben musste.

FOTO: HARTSCHUH

HEIDELBERG. Mit einer sehr würdigen, stimmungsvollen ökumenischen Trauerfeier in der Peterskirche der Universität hat die Heidelberger Hochschule am Montag den Opfern des Amoklaufs vom Montag vergangener Woche gedacht. Ein 18-Jähriger Biologie-Student war an jenem Tag schwer bewaffnet um die Mittagzeit in einen Hörsaal auf dem Campus im Neuenheimer Feld (Foto) eingedrungen und hatte dort das Feuer auf Studentinnen und Studenten eröffnet, die ein Erstsemester-Tutorium besuchten. Dabei wurde eine 23-Jährige aus der Südpfalz getötet, drei Menschen wurden verletzt. Der Täter beging Suizid. Man werde möglicherweise nie verstehen, warum der junge Mann so gehandelt habe, sagte der baden-württembergische Innenminister Thomas Strobl (CDU). Das sei schwer zu akzeptieren: „Aber Misstrauen darf nicht die Antwort sein.“ Der Anschlag „aus unserer Mitte heraus“ habe die gesamte akademische Gemeinschaft in der Stadt am Neckar schwer getroffen, sagte Bernhard Eitel, Rektor der Universität. Oberbürgermeister Eckart Würzner (parteilos) betonte, dass Heidelberg „frei, weltoffen, vielfältig und lebendig“ bleiben werde: „Diese Werte verteidigen wir Tag für Tag.“ |arts SÜDWEST

WETTER

Heute: Graue Wolken, etwas Regen



RHEINPFALZ IM NETZ

www.rheinpfalz.de
www.facebook.com/rheinpfalz



Zwei Polizisten bei Einsatz in der Westpfalz erschossen

Im Kreis Kusel sind eine 24-jährige Polizistin und ihr 29-jähriger Kollege durch Schüsse tödlich verletzt worden. Die Tat ereignete sich in der Nacht zum Montag bei einer Verkehrskontrolle. Am Montagabend wurden zwei Tatverdächtige festgenommen.

KUSEL. Am Montagmorgen gegen 4.20 Uhr meldeten zwei Polizisten der Polizeiinspektion Kusel per Funk eine Verkehrskontrolle auf der K22 zwischen Ulmet und Mayweilerhof (Kreis Kusel) an. Die 24-jährige Polizistin und ihr 29-jähriger Kollege waren laut Polizeiangaben auf einer routinemäßigen Streifenfahrt. Die Beamten hatten nach Angaben aus Sicherheitskreisen mitgeteilt, in einem Fahrzeug sei totes Wild gefunden worden. Ebenfalls über Funk hätten sie schließlich gemeldet, dass geschossen werde. Laut Landesinnenminister Roger Lewentz (SPD) wurden sie dann mit „größter Brutalität ermordet“.

Wie viele Schüsse am frühen Morgen fielen, sei noch unbekannt, sagten die Beamten des Polizeipräsidiums Westpfalz. Anwohner machten unterschiedliche Angaben darüber, was sie gehört haben. Wie die Deutsche Presse-Agentur aus Sicherheitskreisen erfuhr, soll der Polizist am Tatort noch mehrere Schüsse abgegeben haben. Die Waffe seiner Kollegin kam offensichtlich nicht zum Einsatz. Die junge Frau, die noch an der Hochschule der Polizei studierte, war nach Polizeiangaben sofort tot. Der 29 Jahre alte Oberkommissar habe zunächst noch gelebt, sei aber gestorben, als die Rettungskräfte eintrafen. Nach Informationen der RHEINPFALZ stammt der getötete Polizist aus dem Landkreis St. Wendel. Auch seine getötete Kollegin kommt aus dem Saarland.

Eine Sprecherin der Polizei in Kaiserslautern bestätigte, dass die beiden Polizisten zwar in einem zivilen Streifenwagen unterwegs waren, sie hätten aber Uniformen und Sicherheitswesten getragen. Medienberichte, wonach die Beamten mit



An der K22 zwischen Ulmet und Oberalben im Kreis Kusel wurden zwei Polizisten erschossen.

FOTO: SAVER

Kopfschüssen getötet wurden, bestätigte die Polizei zunächst nicht.

Die Ermittler fahndeten mit Hochdruck nach den flüchtenden Tätern und sicherten Spuren am Tatort. Am Abend berichtete die Polizei dann, dass zwei Verdächtige in Sulzbach im Saarland gefasst wurden, dabei soll es sich um einen 38-Jährigen und einen 32-Jährigen aus dem Saarland handeln. Der 38-Jährige habe sich über eine Anwältin bei der Polizei gemeldet, berichtete ein Polizeisprecher. Er sei vor einem Haus festgenommen worden, in dem die

Beamten später auf den 32-Jährigen getroffen seien. Dieser habe keinen Widerstand geleistet. Die Fahndungsmaßnahmen liefen noch, weil nicht ausgeschlossen werden könne, dass es weitere Mittäter gebe.

„Die Tat ist entsetzlich“, schrieb die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) im Onlinedienst Twitter. „Es bestürzt mich sehr, dass zwei junge Menschen im Dienst ihr Leben verloren haben.“ Ihre Gedanken seien bei den Angehörigen sowie den Kolleginnen und Kollegen der Opfer. Bundesin-

nenministerin Nancy Faeser (SPD) sprach von einer „Hinrichtung“. „Unabhängig vom Motiv: Diese Tat erinnert an eine Hinrichtung und zeigt, dass Polizei jeden Tag Leben für unsere Sicherheit riskiert“, erklärte sie. |dbb/mhem/oy/adh

KOMMENTAR
BLICKPUNKTSEITE 3

IM NETZ

Aktuelle Informationen, Hintergründe und Reaktionen zum Tötungsdelikt gibt es in unserem Liveblog auf www.rheinpfalz.de/polizistenmord

KOMMENTAR

Mehr Schutz für die Beschützer

VON UWE RENNERS

Der Tod zweier Polizisten zeigt, dass der Schutz unserer Sicherheit lebensgefährlich sein kann. Das muss anerkannt werden.

Polizisten sind in diesen Zeiten oft die Prügelknaben der Nation. Sie werden beschimpft, es fehlt der nötige Respekt ihnen gegenüber und es ist nur noch sehr selten die Rede vom „Freund und Helfer“. Dabei wurde mit der Tat in Kusel, bei der zwei Polizisten brutal getötet wurden, wieder einmal deutlich, dass die Männer und Frauen in Uniform mitunter ihr Leben riskieren, um den Schutz der Gemeinschaft zu gewährleisten. Den beiden Beamten, 24 und 29 Jahre alt, wurde ihr Leben genommen.

Die Hintergründe der schockierenden Tat sind noch nicht aufgeklärt. Fakt ist, dass Angriffe auf Rettungskräfte, Polizei und Feuerwehr in den vergangenen Jahren massiv zugenommen haben und es im Internet viele Tipps gibt, wie man es der Polizei im Einsatz richtig schwer machen kann. Für manche ist das schon zu einer Art Sport geworden, um damit Systemkritik zu üben.

Die Ordnungshüter verdienen deutlich mehr Wertschätzung für ihre Arbeit. Der jungen Frau und dem jungen Mann hilft das nicht mehr. Aber ein mitfühlendes Wort bei der nächsten Kontrolle zeigt ihren Kollegen, dass die Mehrheit der Bevölkerung ihren Dienst nicht missen möchte und froh ist, dass sie für unser aller Sicherheit sorgen.



Uwe Renners ist stellvertretender Chefredakteur der RHEINPFALZ

Wortgefechte im UN-Sicherheitsrat

Russland und die USA machen sich in Ukraine-Krise gegenseitig Vorwürfe

NEW YORK. Die USA haben angesichts des russischen Truppenaufmarsches an der Grenze zur Ukraine vor einem „gefährlichen Pfad“ in einen Krieg gewarnt.

„Das ist die größte – hören Sie mich laut und deutlich – Mobilisierung von Truppen in Europa seit Jahrzehnten“, sagte die amerikanische UN-Botschafterin Linda Thomas-Greenfield am Montag vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in New York. Es handle sich um Kampfaktionen, „die bereit sind, Offensivaktionen in der Ukraine

durchzuführen.“ Washington wolle keine Konfrontation, aber im Falle einer Invasion der Ukraine würden die USA schnell handeln.

Russlands UN-Botschafter Wassili Nebensia warf den USA vor, mit der öffentlichen Sitzung des Sicherheitsrates „Hysterie schüren“ zu wollen. Nebensia verwies darauf, dass sein Land alle Vorwürfe, eine Invasion zu planen, strikt zurückweise. Der Westen verbreite Propaganda und betreibe eine „Megafon-Diplomatie“.

Die USA hatten das Treffen im Sicherheitsrat angefragt, weil sie und

ihre Verbündeten eine russische Invasion in der Ukraine befürchten. Washington verlangt einen Rückzug der an der ukrainischen Grenze versammelten rund 100.000 russischen Soldaten ins Hinterland. Der Kreml gibt an, sich von der Ukraine und der Nato bedroht zu fühlen.

Vor dem Sicherheitsrat, in dem neben Russland auch China, die USA, Frankreich und Großbritannien wegen ihres Vetorechts jegliche völkerrechtlich verbindlichen Maßnahmen blockieren können, wurde weniger mit konkreten Lösungen in dem Konflikt gerechnet. Vielmehr

wollten die USA die internationale Bühne nutzen, um mit Hilfe ihrer Verbündeten „eine deutliche Botschaft“ nach Moskau zu senden.

Zu Beginn der Sitzung des Rates hatte Russland versucht, das Treffen in letzter Sekunde abzuwenden. Mit zehn der 15 Mitgliedstaaten stimmten allerdings genug Länder für die Beratungen. Bei prozeduralen Angelegenheiten haben die fünf ständigen Mitglieder kein Vetorecht; Entscheidungen können dann mit einer Mehrheit von mindestens neun Stimmen getroffen werden. |dpa/afp

LEITARTIKEL SEITE 2

„Partygate“: Johnson entschuldigt sich

Untersuchung zu Feiern während des Lockdowns wirft britischer Regierung Führungsversagen vor

LONDON. Durch die Pandemie hinweg ist in der Downing Street getrunken und gefeiert worden. Der lang erwartete Untersuchungsbericht wirft den Verantwortlichen schwere Versäumnisse vor. Doch nur ein Teil der Wahrheit ist nun an die Öffentlichkeit gekommen.

Ein Untersuchungsbericht zur „Partygate“-Affäre hat den Verantwortlichen im britischen Regierungssitz Führungsversagen und schwere Regelbrüche vorgeworfen. Die Verantwortlichen hätten es versäumt, sich an Standards zu halten, die zur Zeit der Corona-Lockdowns nicht nur von der Regierung, sondern von der gesamten Bevölkerung verlangt worden seien, hieß es in dem am Montag veröffentlichten Bericht der Spitzenbeamtin Sue Gray. Der stark unter Druck stehende britische Premier Boris Johnson wird an keiner

Stelle direkt kritisiert. Die Opposition forderte dennoch mit Nachdruck seinen Rücktritt.

Gray betonte, einige der Treffen hätten nicht stattfinden dürfen oder sich nicht in der Weise entwickeln dürfen, wie es letztlich geschah. Das Verhalten einiger Beteiligten sei „schwer zu rechtfertigen“. Es habe in verschiedenen Bereichen von Downing Street Nummer 10 und dem angegliederten Cabinet Office, der zentralen Regierungsbehörde, ein deutliches Führungsversagen gegeben. Außerdem sei offensichtlich zu wenig darüber nachgedacht worden, welches Gesundheitsrisiko einige Versammlungen bedeuten hätten und wie sie in der Öffentlichkeit vor dem Hintergrund der landesweiten Notlage erscheinen mochten.

Scotland Yard führt parallel eigene Ermittlungen zu Zusammen-



Boris Johnson nahm im Unterhaus zu dem Untersuchungsbericht Stellung.

FOTO: DPA

künften in der Downing Street durch – Gray zufolge zu zwölf der insgesamt 16 untersuchten Events. Deshalb hatte die Behörde die Beamten gebeten, in ihrem Bericht auf diese Partys nur minimal Bezug zu nehmen. Daher gilt der Report als abgeschwächt gegenüber seiner ursprünglichen Version.

Der britische Premier Boris Johnson entschuldigte sich am Montag im Londoner Unterhaus nach der Veröffentlichung eines Untersuchungsberichts. Eine Entschuldigung sei aber nicht genug. Der Premier kündigte weitreichende Umstrukturierungen und Reformen in seinem Amtssitz an. „Ich verstehe es, und ich werde es in Ordnung bringen“, sagte Johnson. Ein Rücktritt, wie ihn die Opposition und einige Abgeordnete seiner eigenen Partei gefordert hatten, gehört für Johnson jedoch nicht dazu. |dpa

Portugal: Starkes Ergebnis für Costa

LISSABON. Mit einem überraschend starken Ergebnis hat die Sozialistische Partei (PS) von Portugals Regierungschef António Costa bei der vorgezogenen Parlamentswahl den Sieg errungen. Die Partei sicherte sich am Sonntag laut offiziellem Auswahlergebnis mindestens 117 der 230 Sitze im Parlament und damit die absolute Mehrheit. Zweitstärkste Kraft wurde mit 71 Sitzen die Sozialdemokratische Partei (PSD) aus dem oppositionellen Mitte-Rechts-Lager. Costa betonte, dass „eine absolute Mehrheit nicht gleichbedeutend mit absoluter Macht“ sei. „Es bedeutet nicht, dass man allein regiert. Es bedeutet eine größere Verantwortung.“ Die Neuwahl war nötig geworden, nachdem ein Haushaltsentwurf der Regierung im Parlament gescheitert war – auch, weil die zwei Linksaußen-Parteien dem Regierungschef die Unterstützung entzogen hatten. |afp

BERICHT UND KOMMENTAR: SEITE 2

LEITARTIKEL

Verhandeln am Abgrund

VON STEFAN SCHOLL, MOSKAU

In der Ukraine-Krise tauschen sich sowohl aus dem Westen als auch aus Russland scharfe Töne zu hören. Beide Seiten heizen den Konflikt an.

Amerikanische Medien beschwören seit drei Monaten Krieg in der Ukraine. Russland stellt Ultimaten, die der Westen glatt ablehnt. Und beide Seiten scheinen sich am Rande des Abgrundes wohlzufühlen.

Zuerst schlugen angesehene US-Medien Alarm: Die Russen marschierten an den ukrainischen Grenzen auf, Krieg drohe. Die Ukrainer selbst dementierten zunächst. Tatsächlich bewegten sich Ende Oktober Truppen in Russlands Westregionen. Aber ein Satellitenfoto, das das Portal Politico am 1. November veröffentlichte, zeigte im Gebiet Smolensk parkende Panzer, noch 250 Kilometer von der ukrainischen Grenze entfernt. Und in Russlands sozialen Medien wird eifrig gestritten, ob zuerst Huhn oder Ei, Aufmarsch oder Kriegsalarmschall waren.

Allerdings lasen offizielle russische Artikel der vergangenen Monate, in denen etwa Putin die Ukraine als „Anti-Russland“ bezeichnet, fürchten, dass der russische Aufmarsch durchaus aggressive Ziele besitzt.

In manchen westlichen Medien wirkt es derweil, als sei die russische Invasion garantiert. Veröffentlicht werden hypothetische Karten eines Umklammerungsangriffs auf Kiew. Gemeldet werden immer neue Truppenverstärkungen. Wobei die Gesamtzahl der russischen Streitkräfte nicht wirklich wächst.

Parallel dazu werden fast täglich mögliche Sanktionen gegen Russland diskutiert. Grundtenor: Ein Krieg wird immer wahrscheinlicher, schuld daran ist Putin persönlich. Als wolle Joe Bidens Regierung den antiliberalen, von Giftmordskandalen umwitterten Kremelchef endgültig zum neuen Hauptfeind der freien westlichen Welt erklären. Und sich selbst zu deren Krisenmanager, auf den auch das verunsicherte Europa wieder hören wird.

Putin seinerseits gab Mitte November die Parole zur psychologi-

schen Konteroffensive aus: Es gelte, die im Westen entstandene Spannung solange wie möglich hochzuhalten. Es folgte ein Telefonat zwischen Biden und Putin, dann trumpfte Russland mit ultimativen Sicherheitsforderungen an die USA und die Nato auf, die postwendend abgelehnt wurden. Unterhändler beider Seite wählten scharfe Töne, inzwischen hat der Kreml es auch schriftlich, dass der Westen seine neuen „roten Linien“ missachtet.

Anlass für bewaffnete Auseinandersetzungen ist das bisher aber nicht. Moskau antwortet mit neuen Anfragen an die Nato. Washington und Brüssel bieten parallel Rüstungskontrollverhandlungen an. Über dieser Diplomatie schwebt weiter der Schatten des Krieges.

Russlands Chefdiplomats Sergej Lawrow spottet derweil über die Nato, für die Schriftstücke ihrer Diplomaten würde er sich schämen. Das nächste Treffen mit seinem US-Kollegen Antony Blinken aber ist schon vereinbart.

Man verhandelt am Rande des Abgrundes, die Weltöffentlichkeit sieht gebannt zu. Und wenn es am Ende doch zum Krieg kommt? Viele Beobachter erwarten statt eines russischen Großangriffs eher einen Regionalfeldzug, etwa eine Offensive der Separatisten im Donbass, verdeckt getragen vom russischen Militär. Er könnte die Front in der Ukraine um einige Dutzend Kilometer verschieben. Die Spannung zwischen Russland und dem Westen dürfte hinterher so hoch sein wie vor dem Waffengang.

Viele Leute haben meinem Kabinett damals nicht einmal ein Jahr“, erzählte Costa in einem Interview mit dem TV-Sender CNN. Doch die Regierung hielt sechs Jahre. Costa gelang es sogar, Portugal mit diesem Wackelkabinett aus der tiefen Finanz- und Wirtschaftskrise zu steuern, in der das Land beinahe untergegangen wäre.



Stefan Scholl berichtet für die RHEINPFALZ aus Moskau

KOMMENTAR

Die Meisterleistung

VON RALPH SCHULZE

Der portugiesische Premier António Costa fährt die Früchte seiner äußerst erfolgreichen Reformpolitik ein.

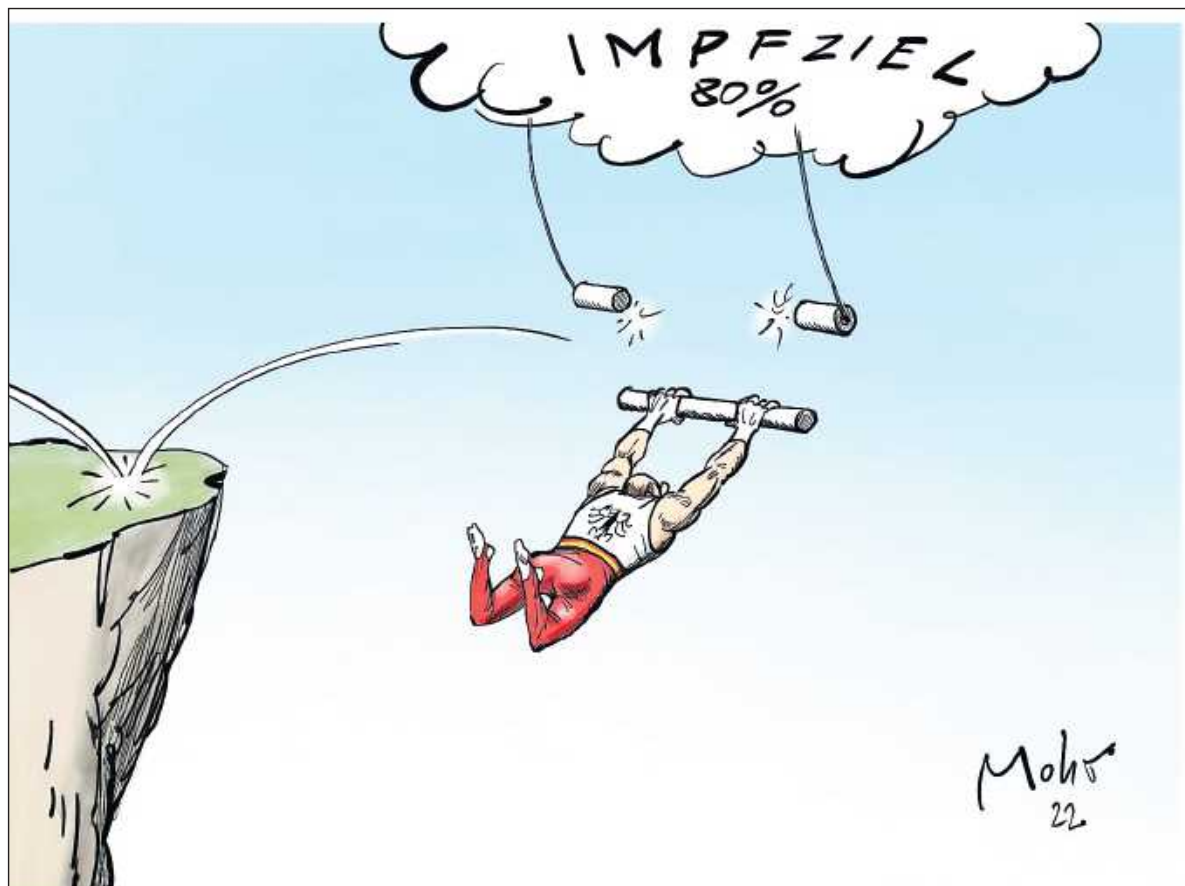
Als vor sechs Jahren in Portugal der Sozialist António Costa an die Macht kam und das Ende der Austerität ankündigte, befürchteten die Sparkommisare in Brüssel das Schlimmste: Das mit einem Milliardenkredit gerettete Portugal werde wohl bald wieder in die nächste Pleite rutschen. Doch es kam ganz anders: Das wirtschaftlich am Boden liegende Land blühte unter dem sozialdemokratisch orientierten Sozialisten Costa geradezu auf. Die Wirtschaft brummte, der Schuldenberg schrumpfte. Der europäische Rettungskredit wurde längst zurückgezahlt – und zwar vorzeitig.

Die portugiesischen Bürger zeigten sich jetzt dankbar und belohnen diese Meisterleistung mit einer spektakulären absoluten Mehrheit

für Costa. Der Premier kann damit die Früchte für seine äußerst erfolgreiche Reformpolitik einfahren.

Der Portugiese schaffte, was die damalige Troika der Kreditgeber für unmöglich hielt: einen Mittelweg aus Schuldensanierung und Sozialpolitik, auf dem sogar finanzielle „Grausamkeiten“ wie Lohn- und Rentenkürzungen zurückgenommen wurden. Die Lockerung des Würgegriffs gab den Portugiesen auch die Hoffnung auf ein besseres Leben zurück.

Dies alles kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Nation immer noch zu den ärmeren Ländern Europas gehört. Das Land hat noch viel Reformbedarf. Man darf gespannt sein, was sich Premier Costa einfallen lassen wird.



KARIKATUR: MOHR

Portugiesisches Wunder

Von einer Minderheitsregierung, die als „Klapperkiste“ verspottet wurde, zur absoluten Mehrheit im Parlament: Portugals Premierminister António Costa ist der neue Hoffnungsträger der europäischen Sozialdemokraten.

VON RALPH SCHULZE, MADRID

Portugals Premier António Costa, der in der Parlamentswahl am Sonntag eine sensationelle absolute Mehrheit holte, ist immer schon für Überraschungen gut gewesen. Als der Sozialist 2015 mit einem Minderheitskabinett antrat, im Parlament gestützt von zwei kleinen Linksparteien, wurde seine Wackelregierung noch als „Klapperkiste“ verspottet.

„Viele Leute haben meinem Kabinett damals nicht einmal ein Jahr“, erzählte Costa in einem Interview mit dem TV-Sender CNN. Doch die Regierung hielt sechs Jahre. Costa gelang es sogar, Portugal mit diesem Wackelkabinett aus der tiefen Finanz- und Wirtschaftskrise zu steuern, in der das Land beinahe untergegangen wäre.

Vor einem Jahrzehnt stand Portugal mit einem völlig überschuldeten Staatshaushalt vor der Pleite und musste mit einem Milliardenkredit gerettet werden. Heute werden der unter Costa spürbare wirtschaftliche Aufschwung und seine bemerkenswerten Haushaltssanierung in Europa als „portugiesisches Wunder“ gefeiert.

Dabei fuhr Chefreformer Costa einen Mittelweg zwischen dem von Brüssel geforderten eisernen Sparkurs und einer besonnenen Sozialpolitik, mit der er zum Beispiel schrittweise den Mindestlohn erhöhte, der in Portugal mittlerweile bei 705 Euro liegt und etappenweise weiter steigen soll.

Das Land erfreute sich eines überdurchschnittlichen Wachstums, das nur durch Corona vorübergehend unterbrochen wurde. Die Energiewende ist weit fortgeschritten. Die Arbeitslosigkeit liegt bei sechs Prozent. Der Haushalt war bis Pandemiebeginn ausgeglichen – und der Etat steht auch 2022, trotz Corona-Sonderausgaben, besser da, als dies bei vielen anderen EU-Ländern der Fall ist.

Die Portugiesen belohnten nun Costas Reformfolge: Der 60-Jährige

holte in der Parlamentswahl mit 42 Prozent eine sensationelle absolute Mehrheit der Mandate. Damit festigte er seine Macht und kann problemlos weitere vier Jahre regieren.

„Dies ist ein Sieg des Vertrauens“, sagte der gelernte Anwalt. Statt mit einer „Klapperkiste“ kann der sozialdemokratisch orientierte Sozialist jetzt mit einer stabilen Regierung in die Zukunft fahren.

Derweil bewundern Europas Sozialdemokraten, wie aus Portugal, dem südwestlichsten Zipfel des Kontinents, der sozialdemokratischen Bewegung neues Leben eingehaucht wird. Absolute Mehrheiten sind in den immer stärker fragmentierten europäischen Parlamenten selten geworden. Costa, der schon als langjähriger Bürgermeister der Hauptstadt Lissabon mit jedem Umrennen seine Wählerunterstützung ausbauen konnte, ist in Europa zum linken Hoff-

nungsträger und Vorzeigesozialisten geworden.

Deutschlands Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), der sich in der Bundestagswahl mit knapp 26 Prozent der Wählerstimmen begnügen musste, lobte António Costa „als unermüdlischen Verfechter der sozialen Gerechtigkeit“. Der Portugiese habe das Land „mit einem klaren moralischen Kompass geführt“. Spaniens sozialistischer Premier Pedro Sánchez, der in der letzten Wahl ebenfalls nicht über 28 Prozent hinauskam, sagte: „Ich kenne nur wenige politische Führer mit einem solchen Verhandlungsgeschick wie Costa.“ Der portugiesische Premier, der nach seinem unerwarteten Triumph den Tränen nahe war, versprach der Nation, auf dem Teppich zu bleiben: „Eine absolute Mehrheit zu haben ist eine große Verantwortung, um für alle Portugiesen zu regieren.“

KOMMENTAR



„Wenige politische Führer mit einem solchen Verhandlungsgeschick“: Portugals Premier António Costa. FOTO: ARMANDO FRANCA/AP/DPA

Nordkorea feuert Raketen ab

Diktator Kim Jong Un buhlt um internationale Aufmerksamkeit

VON ANGELA KÖHLER, TOKIO

Pjongjang beschleunigt seine Raketenentwicklung. Am Montag meldete die amtliche Propaganda den ersten Start einer potenziell atomwaffenfähigen ballistischen Mittelstreckenrakete seit 2017 von eigenem Boden. Die jüngste Testserie könnte auch mit dem Ukraine-Konflikt zu tun haben.

Die Staatsmedien zeigen Bilder vom Start, angeblich aufgenommen mit einer Kamera, die an dem Geschoss montiert gewesen sein soll. Vermutlich aus 2000 Metern Höhe zeigen die Fotos dann Teile der koreanischen Halbinsel, müssen also unmittelbar nach dem Abschuss entstanden sein.

Was beunruhigt: Diese „ballistische Mittel- und Langstreckenrakete“ soll sich bereits in der Produktionsphase befinden. Nach Einschätzung von Experten könnte das Geschoss etwa 4500 Kilometer weit fliegen und

damit theoretisch den für die Verteidigung von Südkorea und Japan wichtigen US-Marinestützpunkt Guam im Pazifik erreichen. Das am Sonntag abgefeuerte Projektil flog allerdings lediglich rund 800 Kilometer Richtung Osten.

Allerdings: Sieben Raketenstarts in nur einem Monat – noch nie zuvor hat Nordkorea ein solches Tempo vorgelegt. Südkoreas Präsident Moon Jae In vermutet, das Kim-Regime wolle damit die Spannungen in Ostasien weiter anheizen. Möglicherweise sei dies eine Reaktion auf die neuesten Sanktionen der USA. Im April 2018 hatte Pjongjang einen Stopp der Tests von Atomwaffen und Interkontinentalraketen verkündet, um einen Weg zu Gesprächen mit den USA auf Augenhöhe zu ebennen, wie es damals hieß.

Militärpolitische Beobachter vermuten jedoch, das Szenario sei dieses Mal zu kurz gegriffen. Und in der Tat ließe sich das jüngste Raketen-Testserie auch mit dem Russland-Ukraine-

Konflikt erklären. Entweder versucht der Machthaber die Ablenkung der USA auszunutzen, um sein Waffenprogramm voranzutreiben. Als Kalkül käme aber auch in Betracht, dass Kim US-Präsident Joe Biden zu Zugeständnissen erpressen will, weil sich das Weiße Haus einen weiteren potenziellen Konflikt nach seiner Meinung nicht leisten kann.

Groteskerweise erhält Kim Jong Un dafür die Unterstützung der Vereinten Nationen. Die UNO hat am Wochenende angekündigt, dass Nordkorea ab dem 30. Mai für vier Wochen den Vorsitz des Weltabrüstungsforums übernehmen soll. Jenes Gremiums, das auch den Atomwaffensperrvertrag ausgehandelt hat, den Pjongjang vehement ablehnt. Damit folgt die UNO der Logik, den Vorsitz nach der Reihenfolge der Mitgliedsstaaten zu vergeben. Den USA und der Europäischen Union bliebe nur die Möglichkeit, ihre Botschafter aus den Beratungen demonstrativ abzuziehen.

UN-Bericht: Taliban haben mehr als 100 Ex-Beamte getötet

NEW YORK. Seit ihrer Machtübernahme in Afghanistan vor fünf Monaten haben die radikalislamischen Taliban einem UN-Bericht zufolge wahrscheinlich mehr als hundert ehemalige Regierungsmitarbeiter und Ortskräfte internationaler Stellen getötet. Ungeachtet der von den Taliban verkündeten Generalamnestie gebe es „glaubwürdige Anschuldingungen über Tötungen“ sowie „gewaltsames Verschwindenlassen“, hieß es in einer Vorabversion des Berichts. Bei mehr als zwei Dritteln der Tötungen handelte es sich demnach um „außergerichtliche Tötungen, die von den De-facto-Behörden oder ihren Verbündeten begangen wurden“. Mit „De-facto-Behörden“ umschreibt die internationale Gemeinschaft die derzeit von keinem Land der Welt anerkannte Taliban-Regierung in Kabul.

Die Taliban wiesen die Vorwürfe zurück. „Das Islamische Emirat hat seit Verkündung der Amnestie niemanden getötet“, erklärte das Innenministerium auf Twitter. Bei den gemeldeten Tötungen handele es sich um Folgen „persönlicher Feindschaften“. Die Fälle würden untersucht. |afp

CDU: Bei Briefwahl 95 Prozent für Merz

BERLIN. Friedrich Merz ist nun offiziell neuer CDU-Vorsitzender. In der aus rechtlichen Gründen notwendigen Briefwahl nach Merz' Kür auf einem digitalen Parteitag stimmten 95,33 Prozent der Teilnehmenden für ihn, wie der scheidende Generalsekretär Paul Ziemak am Montag sagte. Auf dem Parteitag hatte Merz knapp 95 Prozent Zustimmung erhalten. Gegenkandidaten gab es nicht. Der neue Generalsekretär Mario Czaja erhielt den Angaben zufolge in der schriftlichen Abstimmung 94,24 Prozent der Stimmen; auf dem Parteitag waren es knapp 93 Prozent. |afp

Krankenkassen: Weniger Fehlzeiten

HAMBURG. Trotz der anhaltenden Corona-Pandemie sind die krankheitsbedingten Fehlzeiten der Beschäftigten in Deutschland im vergangenen Jahr erneut leicht gesunken. Nach am Montag veröffentlichten Auswertungen der Techniker Krankenkasse und der DAK-Gesundheit erklärt sich der Rückgang durch deutlich weniger Fehltagen wegen Erkältungskrankheiten. Dies ist demnach ein Effekt der Hygiene- und Abstandsregeln. Psychische Erkrankungen haben hingegen eine wachsende Bedeutung bei Krankmeldungen. |afp

IMPRESSUM

Herausgeber: Medien Union GmbH Ludwigshafen
Verlag: RHEINPFALZ Verlag und Druckerei GmbH & Co. KG, Amtsstr. 5-11, 67059 Ludwigshafen, Postfach 21 11 47, 67011 Ludwigshafen
Druck: Oggersheimer Druckzentrum GmbH, Flomersheimer Str. 2-4, 67071 Ludwigshafen
Servicecenter: Telefon: 0621 5902-745, Fax: 0621 5902-746, E-Mail: aboservice@rheinpfalz.de

privatanzeigen@rheinpfalz.de
geschaeftsanzeigen@rheinpfalz.de
Chefredakteur: Michael Garthe
Redaktion: Telefon: 0621 5902-01, E-Mail: redaktion@rheinpfalz.de

Stellv. Chefredakteur und Leiter der Lokalredaktionen: Andreas Bahner, Stellv. Chefredakteur: Uwe Renners; Chef vom Dienst: Peter Leister; Politik, Wirtschaft und Zeitgeschehen: Adrian Hartschuh (verantw.), Dr. Ralf Joas (Stellv.), Olaf Lismann (Stellv.); Kultur und Gesellschaft: Dr. Frank Pommer; Sport: Wolfgang Pfeiffer (verantw.), Oliver Wehner (Stellv.); Pfalzredaktion: Rebecca Ditt (verantw.), Sonja Hoffmann (Stellv.), Jürgen Müller (Stellv.), Silvia Sebastian (Stellv.); Berliner Redaktion: Hartmut Rodenwaldt (verantw.), Winfried Folz; Mainzer Redaktion: Karin Dauscher (verantw.), Saarland: Georg Altherr (verantw.). Bei unverlangt eingesandten Manuskripten keine Gewähr für Rücksendung. Sämtliche Beiträge in der RHEINPFALZ oder in RHEINPFALZ Online unterliegen dem Schutz des Urheberrechts. Zweitverwertungsrechte an RHEINPFALZ-Beiträgen (für Pressespiegel, Archive etc.) können erworben werden bei der PMG Presse-Monitor GmbH, Markgrafenstr. 62, 10969 Berlin, Telefon: 030 284930, E-Mail: info@presse-monitor.de

Anzeigen: Holger Martens (verantwortlich für den gesamten Anzeigenanteil), Leitung überregional: Reinhard Schläfer, Leitung regional: Rainer Zais, Anzeigen nach Preisliste 75 vom 1. Januar 2022. Monatlicher Bezugspreis PRINT-Abonnement 39,00 € bei Trägerzustellung, 43,90 € im Postbezug, jeweils zzgl. RHEINPFALZ-CARD 2,90 €. DIGITAL-Abonnement 39,00 €, zzgl. RHEINPFALZ-CARD 2,90 €. PREMIUM-Abonnement 44,10 € bei Trägerzustellung, 49,00 € im Postbezug (darunter DIGITAL 4,25 €, RHEINPFALZ-CARD 0,85 €). Alle Preise inkl. RHEINPFALZ am SONNTAG (1,50 €) und gesetzlicher MwSt. Postbezieher erhalten DIE RHEINPFALZ am SONNTAG am Montag. HypoVereinsbank, Ludwigshafen a. Rhein, IBAN: DE15545201940003646130, BIC: HYVEDE33HAN. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Leistung, Schadenersatz oder Minderung des Bezugspreises. Abbestellungen können nur zum Quartalsende in Textform ausgesprochen werden und müssen sechs Wochen vorher beim Verlag vorliegen. Zusteller sind nicht berechtigt, Abbestellungen anzunehmen. Unsere Donnerstag-Ausgabe enthält ständig das Freizeitmagazin LEO.

RHEINPFALZ online - die Adresse im Internet: www.rheinpfalz.de

„Der Hass ist sehr stark geworden“

Vor einem Jahr hat sich in Myanmar das Militär an die Macht geputscht. Aus einem aufstrebenden Land ist ein Konfliktgebiet geworden. Viele junge Menschen haben den Glauben an Fortschritt verloren. Den Kampf um Demokratie haben sie dennoch nicht aufgegeben.

VON FELIX LILL

„Geredet wurde viel davon“, erinnert sich Valerie, wenn sie an den Januar 2021 denkt. Damals deuteten Sprecher des Militärs an, die alte Garde des Landes könne bald wieder die Macht an sich reißen. „Aber niemand hat es so richtig geglaubt! Viele von uns hatten einfach nicht gedacht, dass das wirklich jemand will!“ Schließlich hatte sich in Valeries Heimat Myanmar praktisch alles zum Positiven entwickelt, seit ab 2008 schrittweise eine demokratische Regierung das Land führte: mehr Wohlstand, mehr Bildung, auch mehr Sicherheit. „Aber wir haben uns getäuscht.“

Vor einem Jahr, am 1. Februar 2021, nahm das Militär des 54-Millionen-Landes in Südostasien die wichtigsten Politikerinnen und Politiker des zwei Monate zuvor demokratisch gewählten Parlaments fest und setzte sich selbst an die Spitze. Als in mehreren Städten Proteste losbrachen, reagierte das Militär mit Härte. Panzer rollten durch die Straßen, Soldaten schossen in Menschenmengen und sogar auf Krankenhäuser.

Nach Angaben der Unterstützungsvereinigung für Politische Gefangene sind bislang 8800 Menschen vom Militär festgenommen und 1500 getötet worden. Die Demokratie-Ikone und vorige Staatsrätin Aung San Suu Kyi wurde in einem Prozess, in dem nicht nur die Anklage fragwürdig war, sondern auch die Verteidigung behindert wurde, zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. Inmitten wiederholter Streiks und Vergeltungsaktionen des Militärs schossen die Preise für Öl und Benzin sowie für Nahrungsmittel in die Höhe. Kaum jemand hätte vor einem Jahr erwartet, dass das aufstrebende Myanmar, das laut den Vereinten Nationen zu den ärmsten Ländern der Welt gehört, so schnell wieder ins Chaos abdriften könnte.

Gerade für die junge Generation hat sich das vergangene Jahr, in dem immer wieder gekämpft, gestreikt und sich neu organisiert wurde, zu einem Albtraum entwickelt. „Wir haben das Scheitern unseres Staats in all seinen Formen erlebt. Unser Land ist kollabiert“, sagt Valerie, die ihren wahren Namen nicht nennen will, um ihre Familie zu schützen. Vor einem Jahr war sie auf den Straßen ihrer Heimatstadt Mandalay und streckte ein Plakat in die Luft, das ihre Solidarität mit der demokratisch gewählten Aung San Suu Kyi bekundete. Jetzt lebt sie in Kyoto in Japan. „Vor allem junge Leute haben das Land verlassen“, erzählt sie per Videochat.

Valerie gehört zu denen, die Glück im Unglück haben. „Ich habe ein internationales Stipendium bekommen, das mir meinen Lebensunter-



Im Batman-Kostüm protestierte ein Aktivist im Februar vergangenen Jahres in Yangon gegen den Militärputsch.

FOTO: DPA

halt finanziert.“ Um weiterhin die Demokratie-Aktivitäten in der Heimat zu unterstützen, macht sie parallel zu ihrem Managementstudium Übersetzungsarbeiten von Burmesisch ins Englische und Japanische und schickt Geld nach Hause. „Viele, die ich kenne, sind bei den Protesten festgenommen worden. Und zum ersten Jahrestag des Putsches soll es einen stillen Streik geben. Kein Geschäft soll öffnen, als Zeichen des Boykotts dieses Militärregimes.“

Finanziell ermöglicht werden solche Aktionen vor allem durch die wachsende Diaspora. Die aus dem Land Geflohenen leben in benachbarten Thailand, in Bangladesch, Malaysia, Japan und Australien. Vor allem diejenigen mit den besten Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben das Weite gesucht. „In der Nähe meines Elternhauses ist heute eine Bombe

explodiert, ein Freund musste ins Krankenhaus. Überfälle werden in letzter Zeit auch häufiger“, sagt Valerie. „Ich weiß nicht, wann ich zurückkehren werde.“

Die Aktivisten bewaffnen sich

Schließlich ist auch der Bildungssektor schon lange zum Erliegen gekommen. Seit zwei Jahren sind Universitäten und Schulen geschlossen, einer ganzen Generation fehlt es derzeit an Ausbildung. Einige junge Menschen sind trotzdem geblieben. Zum Beispiel eine 23-jährige Masterstudentin, die sich Token nennt. „Ich hatte auch ein Stipendium. Aber es wäre mir egoistisch vorgekommen, jetzt abzuhaufen“, erklärt sie im Videogespräch. Wie Valerie sammelt auch Token Geld für die Demokratie-Aktivisten, die sich ihrerseits bewaffnet ha-

ben. „Sie brauchen bessere Ausrüstung. Sonst kommen sie gegen das Militär nicht an.“

Token einstiger Optimismus, den sie angesichts der großen Menschenmengen auf den Straßen kurz nach dem Putsch noch verspürte, ist heute gedämpft. „Man kann schon sagen, dass hier ein Krieg ausgebrochen ist. Und der Hass ist sehr stark geworden.“ Ihr Geld verdient sie mit Recherchearbeiten über Geflüchtete sowie mit der Dokumentation der Konflikte. Nebenher studiert sie weiter, so weit es noch geht. Professorinnen und Lehrkräfte aus dem Ausland haben eine Onlineplattform erstellt, um der lernwilligen Jugend Ausbildungsmöglichkeiten zu geben.

„Sofern das Internet funktioniert, studiere ich dort jetzt Asiatische Regionalwissenschaften. Im Moment setze ich mich mit den Beziehungen zwi-

schen China und Myanmar auseinander“, sagt Token. Je mehr sie über die Verflechtungen ihres Landes mit dem riesigen Nachbarn im Norden liest, desto weniger glaubt sie an eine baldige Befriedung ihrer Heimat. „Die meisten Menschen in Myanmar wollen Demokratie und eine freie Gesellschaft. Aber das Militär hat gute Beziehungen zur chinesischen Regierung.“

Die demokratische Alternativregierung, die sich im Untergrund online organisiert und sich wesentlich aus dem kurz vorm Putsch gewählten Parlament zusammensetzt, will die Militärjunta nun vor den Internationalen Strafgerichtshof bringen. Auch ein bindendes UN-Waffenembargo wird gefordert. Bis jetzt aber haben die ständigen Sicherheitsratsmitglieder China und Russland das verhindert.

Reporterin: Schwangere findet Zuflucht bei Taliban

VON BARBARA BARKHAUSEN

Die neuseeländische Reporterin Charlotte Bellis will in ihr Heimatland zurück, doch die strengen Quarantänovorschriften dort machen es der schwangeren Frau nicht einfach. In ihrer Not sucht sie ausgerechnet Zuflucht bei den Taliban.

Als Charlotte Bellis im vergangenen Jahr als eine der wenigen Reporterinnen für den arabischen Nachrichtensender Al Jazeera aus Afghanistan über die Machtübernahme berichtete und die Taliban fragte: „Was werden Sie tun, um die Rechte von Frauen und Mädchen zu schützen?“, ging dies um die Welt. Wenige Monate später macht Bellis nun erneut internationale Schlagzeilen. Dieses Mal geht es um sie selbst: Die 35-Jährige erwartet ein Kind und tut sich schwer, rechtzeitig zur Geburt in ihr Heimatland Neuseeland zurückzukehren.



Charlotte Bellis kommt gerade nicht zurück nach Neuseeland. FOTO: @CHARLOTTEBELLIS/INSTAGRAM

Die strenge Null-Covid-Politik Neuseelands sieht vor, dass Rückkehrer zwei Wochen in einer Quarantänestation verbringen müssen, damit sie das Virus nicht ins Land einschleppen. Doch Plätze sind rar und höchst begehrt, wie auch Bellis am eigenen Leib feststellen musste. Im ersten Anlauf wurde ihr die Rückreise verweigert, obwohl sie ihrem Antrag rund 60 Dokumente beigefügt hatte.

Bellis sieht die Rückkehr nach Neuseeland als ihre beste Option an, nachdem sie bei ihrem Arbeitgeber Al Jazeera kündigen musste. Denn in Katar ist es illegal, schwanger und wie Bellis unverheiratet zu sein. Auch in Belgien, dem Heimatland ihres Partners, hat sie als Neuseeländerin nur wenige Monate am Stück Aufenthaltsrecht.

Nun hat sich die Journalistin für den ungewöhnlichen Schritt entschieden, ausgerechnet die islamistischen Taliban um Hilfe zu bitten. Diese hätten überraschend positiv reagiert, berichtet Bellis. In einem Meinungsstück für die neuseeländische Tageszeitung „New Zealand Herald“ schrieb Bellis daraufhin: „Wenn die Taliban dir – einer schwangeren, unverheirateten Frau – einen sicheren Hafen anbietet, dann weißt du, dass deine Situation verfahren ist.“

Die abgetauchte Altkanzlerin

Wie Angela Merkel ihren Ruhestand verbringt – Buch in Planung

VON CHRISTOPHER ZIEDLER

Seit 50 Tagen ist Angela Merkel nicht mehr Regierungschefin und wie angekündigt von der Bildfläche verschwunden. Ganz untätig ist sie dennoch nicht.

Sicher anzutreffen ist Angela Merkel dieser Tage in der Hauptstadt nur bei Madame Tussauds. Im Wachsfigurenkabinett Unter den Linden steht die Altkanzlerin auch noch 50 Tage nach ihrer Amtsübergabe an Nachfolger Olaf Scholz. Sonst aber ist die 67-Jährige, in Umfragen immer noch beliebter als alle anderen Politikerinnen und Politiker des Landes, ganz aus dem öffentlichen Leben verschwunden – so wie angekündigt.

Sie wolle nach ihrem Abgang eine Pause machen und überlegen, „was mich so eigentlich interessiert“, weil dazu in den zurückliegenden 16 Amtsjahren kaum Zeit gewesen sei, verkündete Merkel im Sommer, als ihr an der US-amerikanischen Johns-Hopkins-Universität die Ehrendoktorwürde verliehen wurde. Sie werde auch „nicht gleich die nächste Einladung annehmen, weil ich Angst habe, ich habe nichts zu tun und keiner will mich mehr“. Stattdessen wolle sie, so die Ansage, „versuchen, was zu lesen, dann werden mir die Augen zufallen, weil ich müde bin, dann werde ich ein bisschen schlafen“.

Dieser Linie folgend hat die Pensionärin auch alle bisherigen Angebote ausgeschlagen. Der UN-Generalsekretär Antonio Guterres hatte ihr vor Weihnachten die Leitung eines Beratergremiums angetragen, den Ehrenvorsitz ihrer CDU schlug sie ebenfalls aus – weil sie ein solches „Amt“ nicht mehr für zeitgemäß hält und die dies-



Merkels bislang letzter öffentlicher Auftritt: bei der Vereidigung ihres Nachfolgers Olaf Scholz.

FOTO: DPA

bezüglichen Erfahrungen mit ihrem Vorgänger Helmut Kohl auch nicht die besten waren.

Von einer Faulenzerin, die nach einem Rund-um-die-Uhr-Job nur noch auf dem Sofa in ihrer Wohnung nahe der Museumsinsel lümmelt, kann aber keine Rede sein. Mehrfach ist sie schon vor und in dem Gebäude gegenüber von Madame Tussauds ge-

sicht worden, wo sich nun das „Büro Dr. Angela Merkel Bundeskanzlerin a. D.“ befindet. Hier im vierten Stock, wo auch die frühere Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth untergebracht ist, plant Merkel im Stillen ihre Zukunft. Ganz offiziell lässt sich dort erfahren, dass „die Bundeskanzlerin a. D. derzeit keine Termine wahrnimmt“.

Es geht bescheidener und architektonisch weniger opulent zu als im Kanzleramt – dafür ist ein Teil ihrer alten Truppe mit umgezogen. Geleitet wird die neue Anlaufstelle von Petra Rülke, die stellvertretende Büroleiterin in der Regierungszentrale war. Und auch Beate Baumann, seit den Neunzigern Merkels Büroleiterin und Vertraute sowie selten gesehene Sphinx der deutschen Politik, bleibt an Bord. Sie wird in den nächsten Wochen ausgerechnet die Aufgabe der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit übernehmen. Bekannt ist auch, dass Baumann und Merkel ein Buch über die gemeinsamen Jahre schreiben wollen, das „mittelfristig“ erscheinen soll, wie es heißt.

Mit den engsten Mitarbeitern und Weggefährten ist der Kontakt nie abgerissen. Mit vielen von ihnen hat sich Angela Merkel in den ersten Wochen als Politikrentnerin bereits getroffen. Erzählen wollen sie darüber nur wenig, schließlich müsse die Öffentlichkeit bei allem Interesse auch einmal eine ausgiebige Auszeit brauchen, heißt es.

Man erfährt dann aber doch, dass Angela Merkel gerade die Zeit zwischen Bundestagswahl und Scholz' Vereidigung als „extrem belastend empfunden hat“, weil die Corona-Infektionszahlen wieder in die Höhe schritten. Handeln erwartet wurde, ihr aber teilweise schon die Hände gebunden waren. Deshalb schmerzte der Abschied am Ende nicht mehr so sehr. Den Zapfenstreich hat sie demnach als „schön, würdevoll und bewegend“ erlebt. Und die, die in diesen Tagen wirklich auf Angela Merkel getroffen sind, versichern: „Es geht ihr gut.“

Protest der Lkw-Fahrer gegen Impfpflicht in Kanada

Hunderte Fahrzeuge blockieren Zentrum der Hauptstadt

VON GERD BRAUNE, OTTAWA

Gegner von Justin Trudeaus Covid-Politik in Kanada haben mobil gemacht. Sie wollen nicht so schnell aufgeben und fordern sogar den Sturz der Regierung.

Das Zentrum der kanadischen Hauptstadt Ottawa ist blockiert. Hunderte Lastwagen verstopfen wichtige Straßen rund um das Parlament. Lastwagenfahrer aus dem ganzen Land und Sympathisanten protestieren in der Hauptstadt seit Freitag gegen die Covid-Politik der Regierung von Premierminister Justin Trudeau und die Einschränkung von Freiheiten. Der Protest verläuft weitgehend friedlich. Sorgen machen der Polizei Aufrufe zu Gewaltaktionen, die in den sozialen Medien kursierten, und verbale Angriffe gegen Trudeau. Die Familie, deren Residenz nur etwa zwei Kilometer vom Zentrum der Demonstrationen entfernt liegt, wurde an einen nicht genannten Ort in der Hauptstadtregion gebracht.

Am Sonntag vor einer Woche hatte die Protestaktion, die von kanadischen Lastwagenfahrern ausging und von Veranstaltern und Teilnehmenden als „Freedom Convoy“ (Freiheitskonvoi) bezeichnet wird, in Vancouver begonnen. Auf dem 5000 Kilometer langen Zug hatten sich immer mehr Trucker angeschlossen. Eine kilometerlange Kette schwerer Lastwagen erreichte am Freitag und Samstag die Hauptstadt.

Da ein Ende der Protestaktion nicht festgelegt ist und weitere Trucks auf dem Weg nach Ottawa sind, liegt eine verlässliche Schätzung von Teilneh-

merzahlen nicht vor. Die Protestierenden drohen damit, die Stadt wenn nötig noch monatelang lahmzulegen. Sie fordern die Aufhebung aller Schutzmaßnahmen im Kampf gegen die Corona-Pandemie.

Der Protest richtet sich vor allem gegen die von der Regierung Trudeau erlassene Vorschrift, dass Lkw-Fahrer im grenzüberschreitenden Güterverkehr zwischen Kanada und den USA voll geimpft sein müssen, um bei Rückkehr nach Kanada eine zweiwöchige Quarantäne zu vermeiden. Darüber hinaus wird ein Ende aller Einschränkungen im Kampf gegen Covid und die Abschaffung von Impfnachweisen gefordert. In Kanada sind rund 80 Prozent der Bevölkerung geimpft. Die Omikronwelle aber belastet das schwache Gesundheitssystem und führt zu wiederkehrenden Einschränkungen, die viele frustrieren.

Die Wut auf Trudeau und die Bundesregierung zeigt sich auch in einem sogenannten „Memorandum of Understanding“, das die Organisatoren auf ihrer Website „Canda Unity“ vorstellten. Dem wirren Dokument zufolge sollen der Senat und die Generalgouverneurin zusammen mit einem Bürgerkomitee die Funktionen der Regierung übernehmen und alle Verordnungen und Gesetze, die die gewählte Regierung und das Parlament im Kampf gegen Covid erlassen hatten, aufheben.

Die Canadian Trucking Alliance, der Verband für den Schwerlastverkehr, distanzierte sich von dem Protest. Mehr als 80 Prozent der Fahrer hätten sich impfen lassen und stellten damit den grenzüberschreitenden Güterfluss sicher.